

Drittstaatsangehörige so ausgelegt werden, dass dem Staatsziel auf gleichberechtigte Teilhabe angemessen Rechnung getragen wird, was wiederum für die betroffenen Einwanderer eine Realisierung ihrer Grundrechte bedeuten würde. Hieran besteht nicht nur ein individuelles, sondern auch ein gesamtgesellschaftliches Interesse, da auf diesem Wege sozialer Desintegration mit all ihren negativen Folgen besser vorgebeugt werden kann. Mittlerweile ist auch allgemein anerkannt, dass die hier lebende, alternde Gesellschaft auf qualifizierte Einwanderung angewiesen ist, sodass sie alles dafür tun sollte, dass sich die Einwanderer hier wohl fühlen und möglichst lange bleiben. Ziel muss es deshalb sein, den Gedanken der Teilhabe in der gesamten Rechtsordnung zu etablieren, sowie jegliche Form von Diskriminierung und Rassismus noch viel entschiedener zu bekämpfen wird als dies gegenwärtig geschieht. Durch die globale Anerkennung des Teilhabegedankens in der Rechtsordnung könnte auch die derzeit im Zuge des Einwanderungsgesetzes geforderte bessere Verknüpfung bestehender Regelungen vorbereitet werden. Denn, zugespitzt gesagt, erweist sich jeder Versuch einer anreizbasierten und nachhaltigen Zuwanderungssteuerung »von außen« als wenig erfolgsversprechend, solange die Voraussetzungen »von innen« nicht substantiell verbessert werden.

Schließlich würde ein neues Staatsziel »Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe« eine konkrete und unumkehrbare Standortbestimmung vornehmen, wie ernst wir es mit der Einwanderungsgesellschaft und deren Gestaltung nehmen. Dies sollte nicht erst nach einer 10- bis 15-jährigen Diskussion wie beim Staatsziel Umwelt- und Tierschutz geschehen. Stattdessen ist nun die Zeit reif für eine Einwanderungsverfassung. Deren Umsetzung wird Staat und Gesellschaft viel abverlangen. Das ist sicher. Aber es lohnt sich, für uns und unsere Kinder dadurch einen Beitrag zu leisten, um die Vision der »Einheit der Verschiedenen« (Bundespräsident Gauck) zu verwirklichen.



Farhad Dilmaghani

ist Vorsitzender von »DeutschPlus e.V. – Initiative für eine plurale Republik« und ehemaliger Staatssekretär für Arbeit und Integration des Landes Berlin.
farhad.dilmaghani@deutsch-plus.de



Johannes Eichenhofer

ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Uni Bielefeld und Mitglied im erweiterten Vorstand von »DeutschPlus e.V.«.
johannes.eichenhofer@uni-bielefeld.de

Uwe Hunger/Leonie Koning/Stefan Metzger

Empowerment und Netzwerkbildung als Stützpfeiler der Integrationspolitik

Ein kurzer internationaler und historischer Vergleich

Die große Herausforderung der ersten Unterbringung der Geflüchteten ist weitgehend bewältigt. Nun steht ihre Integration an. Welchen Weg Deutschland dabei gehen möchte, wird in den letzten Wochen auf politischer Ebene intensiv diskutiert. Die Diskussionen drehen sich vor allem um eine »Integrationspflicht«, die »Integrationsverweigerer« sanktionieren und den Wohnort unter bestimmten Voraussetzungen vor-

schreiben möchte – wie kürzlich vom Bundeskabinett in Form eines Integrationsgesetzes unterbreitet. Dabei wird übersehen, dass »Integration« nicht per Gesetz verordnet werden kann, sondern ein viel komplexerer Prozess ist, der viel Zeit braucht und sich auch über Generationen hinweg erstrecken kann. Auch führen oftmals verschiedene Wege zum Ziel. In der Bundesrepublik Deutschland finden wir Beispiele, wo sich »Integration« vor allem über Assimilationsprozesse (Erlernen der Sprache, Bildungserfolg und beruflichen Aufstieg, Inter marriage und Einbürgerung) vollzogen hat, wie zum Beispiel unter Zuwanderern aus Spanien. Auch gibt es Beispiele, bei denen Zuwanderer eher unter sich geblieben sind, ihre mitgebrachte Kultur stark und lange gepflegt haben, deutlich weniger häufig die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen und sich dennoch gut »integriert« haben (zum Beispiel Zuwanderer aus Griechenland).

Den meisten integrationspolitischen »Erfolgsgeschichten« ist jedoch gemein, dass die verschiedenen Zuwanderungsgruppen eine starke Selbstorganisationskraft entwickelt haben, ihre Interessen gegenüber der Aufnahmegesellschaft artikulieren und durchsetzen konnten – teilweise auch gegen den heftigen Widerstand deutscher Organisationen und Institutionen. Zu erinnern ist etwa an eine gleichberechtigte Beschulung ausländischer Kinder im deutschen Schulsystem, die Migrantenorganisationen durchsetzten, als der deutsche Staat noch von dem Diktum der »Aufrechterhaltung der Rückkehrfähigkeit« der Einwandererkinder ausging. Diese Fähigkeit und Kraft zur Selbsthilfe wird auch in dem vor uns liegenden Prozess der Integration der Neuzuwanderer entscheidend sein. Dies zeigen alle historischen Beispiele wie auch der internationale Vergleich. Immer dann, wenn es Einwanderergruppen gelungen ist, sich zusammenzuschließen, sich gegenseitig zu helfen und ihre Interessen gegenüber der Aufnahmegesellschaft zu vertreten, konnten sie letztlich eine Randständigkeit in der Gesellschaft überwinden und zu einer wichtigen Triebfeder der gesellschaftlichen Entwicklung werden. Am eindrucksvollsten ist dies immer wieder in den USA zu beobachten, zuletzt im Fall indischer Zuwanderer, die über Netzwerke und Selbstorganisation zu einem großen Teil am IT-Boom im Silicon Valley beteiligt waren. Wie verhält es sich nun im vor uns liegenden Fall? Wie sind die eingangs angerissenen Maßnahmen zur Verbesserung der Integration dazu geeignet, die Selbsthilfekraft der Einwanderer zu stärken und damit ihre »Integration« zu befördern? Ein kurzer Blick auf drei zentrale Bereiche der Integration – Wohnen, Arbeit, Sprache – soll aufzeigen, dass gleich zu Beginn des Integrationsprozesses die Bedeutung von Selbstbestimmung und Selbsthilfe der Migranten mitgedacht werden sollte.

Wohnen

Im Vergleich zu den USA und zu vielen europäischen Ländern finden wir in deutschen Städten eine geringe kulturelle und soziale Segregation vor. Mit dem vorgesehenen Integrationsgesetz und der Möglichkeit der »Wohnortzuweisung« soll eine solche Segregation weiterhin verhindert werden. Dies scheint auf den ersten Blick nachvollziehbar. Allerdings übersieht ein solches Vorgehen auch die positiven Effekte der Selbstbestimmung und die Möglichkeiten der Netzwerkbildung und Selbsthilfe unter den Migranten bei einer freien Wohnortwahl. Gerade wenn Verwandtschaftsbeziehungen bestehen und Familienangehörige oder Bekannte schon früher nach

Deutschland gekommen sind, ist es wichtig, diese Netzwerke auch zu nutzen. Ein solches System gibt es etwa in Schweden, wo die Möglichkeit besteht, noch während des Asylverfahrens bei Familie oder Freunden zu wohnen. Zudem ist es hier auch möglich, in einer privat angemieteten Wohnung zu leben. Allerdings muss die dann selbst finanziert werden, was jedoch die Kosten für den Staat reduziert. Derzeit nimmt rund ein Drittel der Asylbewerber in Schweden eine dieser Möglichkeiten in Anspruch. Oftmals werden die Wohnungen durch andere Migranten bzw. Migrantenorganisationen vermittelt, was das oben angesprochene Integrationspotenzial der Community zeigt, zumal auch Beratungen und Übersetzungshilfen vielfach privat und nicht durch den Staat geleistet werden. In Deutschland sind ebenfalls viele Migrantenorganisationen ebenso wie die Integrationsbeiräte in den Kommunen erste Anlaufstellen für Geflüchtete, ohne dass sie allerdings hierfür ausgestattet beziehungsweise eine entsprechende Unterstützung erhalten würden. Hier wäre es sinnvoll, die bereits vorhandenen Selbsthilfestrukturen von Migranten weiter auszubauen, anstatt auf staatlichen Zwang zu setzen.

Arbeit

Für den Arbeitsmarkt gilt Ähnliches. Auch hier werden Arbeitsplätze oftmals über Netzwerke und Beziehungen vermittelt, wie viele Studien gezeigt haben. Hier kommt es darauf an, die Neuzuwanderer möglichst früh an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen, sei es durch die Vermittlung von Praktika oder Hospitationen. Hierbei können auch Migranten, die bereits seit längerem in Deutschland sind und auf dem Arbeitsmarkt Fuß gefasst haben, eine wichtige Rolle spielen. Sie können die Neuankömmlinge mit Betrieben in Kontakt bringen und dabei helfen, wichtige Netzwerke zu knüpfen. Entscheidend ist hier natürlich zunächst einmal der Arbeitsmarktzugang. Bis heute unterliegen viele Asylbewerber de facto einem Arbeitsverbot. So können Asylbewerber inzwischen zwar de jure nach drei Monaten eine Arbeitserlaubnis erhalten. Jedoch verhindern die teils langen Wartezeiten, bis überhaupt ein Asylverfahren aufgenommen werden kann, de facto einen Arbeitsmarktzugang für sehr viel längere Zeit. Hier kann von der Schweiz gelernt werden, die ihre Asylverfahren auf der Grundlage eines neu eingeführten differenzierten Verfahrenssystems mittlerweile deutlich zügiger und effizienter durchführt, wenngleich die Situation nicht eins zu eins auf Deutschland übertragbar ist.

Für die Geflüchteten selbst bedeutet diese lange Wartezeit eine extreme psychische Belastung und verstärkt ein Gefühl der Unsicherheit und Perspektivlosigkeit, was sich wiederum negativ auf die Integration auswirkt. Das zeigen auch Beispiele aus der Vergangenheit, als einzelne Migrantengruppen, wie die Libanesen, lange Zeit in einem Duldungsstatus gefangen waren und so zum Nichtstun gezwungen wurden, so dass sie kaum eine Perspektive auf eine Integration in Deutschland hatten (während sie in den USA zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Gruppen gehören). Dabei könnte die Zeit und Energie bereits ab dem ersten Tag für die erste Orientierungsphase genutzt werden, in der etwa Sprachkurse und Berufsberatung angeboten werden. Auch hier lohnt wieder ein Blick nach Schweden, wo Asylbewerber ab dem ersten Tag arbeiten dürfen. Auch wenn insbesondere für gering Qualifizierte große Schwierig-

keiten bestehen einen adäquaten Arbeitsplatz zu finden, so kann doch nicht früh genug damit begonnen werden, den Neuankömmlingen Zugänge in den ersten Arbeitsmarkt zu verschaffen sowie Praktika und Hospitationen in Betrieben zu vermitteln. Darüber hinaus besteht in Schweden, wie auch in einigen anderen Ländern, die Möglichkeit eines sogenannten »Spurwechsels« vom Asylbewerber zum Arbeitsmigranten, was zu einer Entlastung des Asylsystems führt und den Betroffenen Perspektiven verschafft.

Sprache

Neben der Art der Unterbringung und dem Zugang zum Arbeitsmarkt fördert der schnelle Spracherwerb die Integration. Dem Ausbau von Sprachkursen kommt daher eine Schlüsselrolle zu, und zwar am besten unabhängig davon, ob die Bleibeperspektive der Geflüchteten bereits geklärt ist oder nicht. Auch hier hat Schweden lange Zeit eine Vorbildrolle eingenommen. Bis 2012 hatten Asylbewerber bereits ab dem ersten Tag das Recht, an Schwedischkursen teilzunehmen, und zwar unabhängig von ihren Bleibeaussichten. Die Sprachkurse waren dabei kostenlos und wurden auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Vorkenntnisse der Teilnehmer abgestimmt. Nach erfolgreichem Spracherwerb konnten Zusatzqualifikationen in Englisch, Mathematik und in Informatik erworben werden. Diese großzügige und liberale Politik hatte damals dazu geführt, dass sich Asylbewerber bereits kurz nach ihrer Ankunft wichtige Kompetenzen aneignen konnten, die sie später in die schwedische Gesellschaft und sogar in ihr Herkunftsland einbringen konnten.

Instruktiv ist hier der Fall der Flucht der Iraker nach Europa, die neben Großbritannien und Deutschland vor allem in Schweden Zuflucht gefunden haben. Nach dem Sturz Saddam Husseins im Jahr 2003 waren diese Migranten intensiv in den Wiederaufbauprozess des Iraks involviert, insbesondere im Norden des Landes. Vor allem die großen Migrantengemeinden in Großbritannien (ca. 400.000), Schweden (ca. 120.000) und Deutschland (ca. 110.000) halfen durch finanzielle Rücküberweisungen und Investitionen, das Land zu stabilisieren und die Wirtschaft aufzubauen. Viele kehrten auch in ihr Herkunftsland zurück, sobald sich ihnen eine Möglichkeit bot. So war etwa der nordirakische Bildungsminister aus Schweden zurückgekehrt und begann im Jahr 2009 damit, Elemente des schwedischen Schulsystems im Nordirak zu etablieren. Im März 2016 wurde die erste Volkshochschule für Frauen im nordirakischen Halabja von einer Rückkehrerin aus Schweden eröffnet. Auch Rückkehrer aus Deutschland spielen in diesem Prozess eine wichtige Rolle. So lebte, um nur ein Beispiel zu nennen, der aktuelle Bürgermeister von Erbil im Nordirak beispielsweise lange Zeit in Bonn. Der Wiederaufbau von Krisengebieten beginnt also nicht erst mit einem Friedensabkommen. Er wird schon vorher mit der Ausbildung und Integration der Geflüchteten eingeleitet. Die Geflüchteten von heute sind die Aktivkräfte von morgen, die mit ihrem wirtschaftlichen, sozialen und zivilen Engagement auch die Fluchtursachen für künftige Generationen bekämpfen.

Kurzum: Kluge Investitionen in die Geflüchteten werden sich lohnen – wenn auch nicht sofort. Neben den rein humanitären Gründen, die für die Aufnahme und die Integration der Geflüchteten sprechen, bieten sie auch eine Chance für die Auf-

nahmeländer. Die angeführten Beispiele stammen zwar aus unterschiedlichen Ländern mit jeweils unterschiedlichen Grundvoraussetzungen, doch es hat sich gezeigt: Wenn es der Asyl- und Integrationspolitik gelingt, die Geflüchteten zu empowern und ihre Selbstorganisationskräfte zu stärken, dann kann daraus eine Situation entstehen, von der alle profitieren: die Geflüchteten selbst, das Aufnahmeland und mittel- und langfristig möglicherweise auch die Herkunftsländer der Geflüchteten. Je früher damit begonnen wird, umso besser.



Uwe Hunger

ist Fellow am Forschungskolleg der Universität Siegen und Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der WWU Münster.

uwe.hunger@uni-siegen.de



Leonie Koning

hat Politikwissenschaft, Skandinavistik und Romanistik an der WWU Münster und der Universität von Bologna studiert.

leonie.koning@gmx.de



Stefan Metzger

promoviert als Stipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster.

stefanmetzger@uni-muenster.de

Rainer Gries

Am Ende der Kette

Eine kommunale Sicht auf die Willkommenskultur und die deutsche Flüchtlingspolitik

Wir haben die Fernsehbilder aus dem Spätsommer 2015 noch im Kopf: Hunderttausende Flüchtlinge vor allem aus dem Nahen Osten sind auf dem Weg nach Europa, die meisten von ihnen nach Deutschland. Wer kommt bei uns an? Wie ist diese Herausforderung zu bewältigen? Ein Blick von unten, von der kommunalen Ebene, auf Flüchtlinge und Einheimische, viele davon auch ehrenamtliche Helfer, kann hier weiterhelfen.

Zum Beispiel Sankt Augustin, Nachbarstadt von Bonn, mit rund 56.000 Einwohnern. Die Stadt hat schon früher Flüchtlinge aufgenommen: Ende der 80er Jahre aus der DDR, in den 90er Jahren aus dem ehemaligen Jugoslawien. Es gab keine großen Probleme, es gab und gibt keine erkennbare rechts- oder linksextreme Szene in unserer Stadt. Ausgeblendet aus unserem städtischen Diskurs waren und sind weitgehend die Integrationsdefizite mit Blick auf frühere Zuwanderungen.

Aber es gibt sie: Im Stadtteil Niederpleis gibt es eine Hochhaussiedlung, die »Wohnpark« genannt wird. Dorthin zogen vor Jahren Zuwanderer aus verschiedenen Ländern, darunter Marokkaner, Türken, Afghanen und Iraner. Ein kleines Einkaufszentrum hat sich zu einer »arabischen Ecke« entwickelt, mit orientalischem Markt und Imbiss, einem Café Marrakesch, einem marokkanischen und einem afghanischen Kulturverein. Man lebt eher nebeneinander. Es gibt zwar in einer Wohnung einen Treffpunkt, die Stadt stellt auch Beratungsangebote zur Verfügung. Ein Integrationskonzept oder ein durchdachtes Quartiersmanagement fehlen aber, wie auch eine notwendige Verstärkung der offenen Jugendarbeit. Was falsch läuft, ist bekannt. Man könnte daraus lernen.